

Offener Brief

Lübeck, 9. November 2016

Sehr geehrter Herr Albig! Sehr geehrter Herr Studt!

Noch im April 2016 haben Sie zu Recht darauf verwiesen, dass Abschiebungen aus Schleswig Holstein nach Afghanistan aufgrund der Sicherheitslage im Land nicht vorgenommen würden.

Damit stellten Sie sich gegen die Position des Bundesinnenministers Thomas de Maiziere, wonach es in Afghanistan sichere Regionen gäbe, die Abschiebungen rechtfertigten. Wir sind damals davon ausgegangen, dass Sie politisches Rückgrat beweisen und bei dieser Haltung bleiben.

Anfang Oktober wurde das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Afghanistan geschlossen. Trotz unveränderter Sicherheits- und Verfolgungslage in Afghanistan haben Sie jetzt die Forderung des Innenministeriums das Abkommen zur Abschiebung nach Afghanistan zu vollstrecken, an die schleswig-holsteinischen Ausländerbehörden weitergeleitet.

Die geplanten Abschiebungen sind menschenrechtswidrig.

„In ganz Afghanistan besteht ein hohes Risiko, Opfer einer Entführung oder eines Gewaltverbrechens zu werden. Landesweit, auch in der Hauptstadt Kabul kann es zu Attentaten, Überfällen, Entführungen und anderen Gewaltverbrechen kommen.“ (Offizielle Reisewarnung Afghanistan des Auswärtigen Amtes)

Viele Nachrichten der letzten Tage und vor allem die Berichte, Aufnahmen und Fotos der Geflüchteten aus Afghanistan zeigen eindeutig, dass es **in Afghanistan keine sicheren Regionen** gibt und Krieg herrscht.

Wir werden nicht zulassen, dass die Menschen aus Afghanistan, mit denen wir seit Monaten und Jahren gemeinsam für die Rechte von Flüchtlingen und gegen die Verschärfung des Asylrechts kämpfen und die alles tun um sich hier eine Zukunft aufzubauen, jetzt Tag und Nacht in Angst vor Abschiebung verbringen müssen.

Wir fordern, anders als im Rückübernahmeabkommen vorgesehen, dass aus Schleswig-Holstein keine Daten von afghanischen Geflüchteten via Bundesinnenministerium an die afghanische Regierung weitergegeben werden.

Wir fordern die verbindliche Zusage von Ihnen, dass es keine Abschiebungen aus Schleswig-Holstein nach Afghanistan geben wird und die Beendigung bereits laufender Abschiebungsverfahren.

Mit freundlichen Grüßen

- *Afghanische Geflüchtete aus Schleswig- Holstein*
- *Lübecker Flüchtlingsforum e.V.*
- *Solidaritätszentrum Lübeck*
- *Humanistische Union Lübeck*
- *Pröpstin Petra Kallies*
- *Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg*
- *Pröpstin Frauke Eiben*
- *Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg*
- *Elisabeth Hartmann-Runge*
- *Flüchtlingsbeauftragte des Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreises Lübeck-Lauenburg*



امه سرگشاده

جناب آقای آلبیگ! جناب آقای اشتوت!

شما در آوریل ۲۰۱۶ به درستی عنوان کردید که به خاطر شرایط امنیتی افغانستان کسی را از استان شلسویگ-هولشتاین به آنجا پس نمی‌فرستید. این بر خلاف نظر وزیر داخلی کشور بود که معتقد است، در افغانستان مناطق امن وجود دارد و امکان پس فرستادن هست. ما فکر می‌کردیم که شما به اعتقادات سیاسی خودتان پایبندید و روی موضع خودتان می‌ایستید.

اوایل اکتبر بین آلمان و افغانستان یک قرارداد بازپس‌گیری (استرداد) بسته شد.

هر چند شرایط امنیتی و تهدید در افغانستان هیچ تغییری نکرده است، اما شما درخواست وزیر داخلی در مورد اجرای قرارداد استرداد به افغانستان را به ادوات مربوطه استان فرستاده‌اید.

این برنامه‌ی اخراج، نقض حقوق بشر می‌باشد.

"خطر قربانی شدن در یک حمله‌ی مسلحانه و یا در یک آدم‌ربایی، در سراسر کشور افغانستان بسیار زیاد است. در سراسر کشور، حتی در کابل، خطر ترور، سوء قصد، آدم‌ربایی و جنایات دیگر وجود دارد." (نقل از گزارش وزارت خارجه آلمان در مورد خطرات سفر به افغانستان)

اخبار زیادی در روزهای اخیر و بخصوص گزارش‌ها، فیلم‌ها و عکس‌های پناهجویان از افغانستان به وضوح نشان می‌دهند، که در افغانستان هیچ منطقه‌ی امنی وجود ندارد و جنگ کماکان بر زندگی مردم احاطه دارد.

ما اجازه نمی‌دهیم که انسانهایی که از افغانستان فرار کرده و اینجا پناه جسته‌اند و ما با آنها ماهها و سالها برای حفظ حقوق پناهجویان و علیه قوانین سخت پناهندگی مبارزه کرده‌ایم و هر تلاشی می‌کنند که اینجا برای خودشان آینده‌ای بسازند، اما اکنون شب و روز را با ترس اخراج بسر ببرند.

ما درخواست داریم که، بر خلاف آنچه در توفقنامه‌ی استرداد قید شده، از ایالت شلسویگ-هولشتاین هیچ اطلاعاتی از پناهجویان افغانی از طریق وزارت داخلی آلمان به دولت افغانستان داده نشود.

ما خواهان یک تضمین رسمی هستیم، که هیچ فردی از ایالت شلسویگ-هولشتاین به افغانستان پس فرستاده نشود و پرونده‌های در جریان هم بسته شوند.

Mit freundlichen Grüßen

- Afghanische Geflüchtete aus Schleswig- Holstein
- Lübecker Flüchtlingsforum e.V.
- Solidaritätszentrum Lübeck
- Humanistische Union Lübeck
- Pröpstin Petra Kallies
- Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg
- Pröpstin Frauke Eiben
- Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg
- Elisabeth Hartmann-Runge
- Flüchtlingsbeauftragte des Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreises Lübeck-Lauenburg

